



Stadtkanzlei Bern
Erlacherhof
Junkerngasse 47
Postfach
3000 Bern 8

Bern, 22.02.2019

Vernehmlassung Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, zum Vorschlag der Teilrevision des Reglements über die politischen Rechte (Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen) Stellung zu nehmen.

Das Grüne Bündnis begrüsst es sehr, dass die überwiesene GB/-JA!-Motion (Hasim Sancar, GB: „Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen“) nach zahlreichen Fristverlängerungen nun endlich umgesetzt werden soll. Dem Grünen Bündnis ist eine Regelung wichtig, die eine möglichst hohe Transparenz herstellt und möglichst wenig Umgehungsmöglichkeiten bietet. Der vorliegende Vorschlag erfüllt diese Erwartungen. Der Handlungsspielraum auf kommunaler Ebene wurde gut abgeklärt und der vorliegende Vorschlag erscheint uns sehr schlüssig. Wir bedanken uns bei der Stadtkanzlei für die Arbeit.

Gerne nehmen wir zu Ihren Fragen Stellung:

Auswahl der politischen Akteur_innen

Das Grüne Bündnis findet die Auswahl gut so, sie deckt alle aus unserer Sicht relevanten politischen Akteur_innen und Ereignisse in der Stadt ab.

Einheitlicher Schwellenwert für die Offenlegung bei Wahl- und Abstimmungskampagnen

Es ist sicher sinnvoll, dass es einen einheitlichen Schwellenwert für die Offenlegung bei Wahl- und Abstimmungskampagnen gibt. Ansonsten kann es zu Verwirrungen führen bei den Selbstdeklarationen und wir sehen keinen Grund, weshalb bei unterschiedlichen Ereignissen unterschiedliche Schwellenwerte gelten sollen. Das Grüne Bündnis bevorzugt einen Schwellenwert von 1000.-, da dies zu einer höheren Transparenz führt und für städtische Verhältnisse angemessen ist.

Regelung zur Offenlegung von Geld- und Sachzuwendungen Dritter

Das Grüne Bündnis findet die vorgeschlagene Regelung zur Offenlegung gut, insbesondere, dass auch Sachzuwendungen deklariert werden müssen: Dies schränkt Umgehungsmöglichkeiten von Offenlegungen ein.



Das Grüne Bündnis bevorzugt einen Schwellenwert von 1000.-, da dies zu einer höheren Transparenz führt und für städtische Verhältnisse angemessen ist.

Es wäre hilfreich, wenn im Vortrag noch explizit erwähnt würde, dass Partei-Mitgliederbeiträge nicht als Spenden Dritter gelten und somit die Identität von Parteimitgliedern nicht offengelegt werden muss. Dies könnte missverstanden werden und unnötige Diskussionen über Zwangsouting von Parteimitgliedschaften auslösen.

Andere Bemerkungen

Der Grundsatz der Selbstdeklaration finden wir eine gute, verhältnismässige Lösung. Dass die Stadtkanzlei die Aufgabe haben wird, die Angaben auf ihre Plausibilität zu überprüfen, ermöglicht einerseits einen Kontrollmechanismus, stellt gleichzeitig aber auch eine Unterstützung für diejenigen, die etwas deklarieren müssen dar (Erinnerungsfunktion). Mit der zentralen Veröffentlichung auf der städtischen Website ist zudem gewährleistet, dass sich die Bevölkerung einen vergleichenden Überblick über die Geldflüsse in der städtischen Politik verschaffen kann. Von da her ergibt die Erfassung durch einheitliche Formulare Sinn. Betreffend den administrativen Abläufen gilt es zu bedenken, dass es städtische Parteisektionen und politische Organisationen gibt, die sehr klein sind und nur wenige Ressourcen für administrative Aufgaben zur Verfügung haben. Wir schlagen vor, dass bei der Stadtkanzlei genügend Ressourcen eingestellt werden, um solche Organisationen angemessen zu unterstützen (Beratung & Auskunft, Mithilfe Vereinheitlichung von Angaben, Aufforderungen zu Einreichung der Unterlagen, etc.).

Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Freundliche Grüsse,

i.V. Ursina Anderegg
Co-Präsidentin Grünes Bündnis Bern